

„Den Frieden in die eigenen Hände nehmen“

Für Frieden und Völkerverständigung“

Internationale Konferenz des Deutschen Friedensrates e. V.

Von Anja Mewes

Vorstandsmitglied des Deutschen Friedensrates, Geschäftsführerin von ISOR e.V.

Am 28. und 29. September 2023 fand in Berlin eine internationale Konferenz des Deutschen Friedensrates e. V. anlässlich der Regionaltagung der europäischen Sektion des Weltfriedensrates unter Beteiligung von Vertretern aus 16 europäischen und fünf außereuropäischen Ländern statt.

Während dieser Konferenz, auf der sich eine Reihe bekannter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Militär mit unterschiedlichen Redebeiträgen zu Wort meldeten, wurden Zukunftsfragen sowie Konsequenzen und Konfliktlösungen zum NATO-Russland Krieg auf ukrainischem Territorium erörtert.

Beeindruckend war der Redebeitrag der Schriftstellerin Daniela Dahn mit ihren wie immer klaren Worten und Einschätzungen.

Rainer Rupp sprach aus seiner über zehn Jahre währenden Position als Chef des Lagezentrums der NATO und legte überzeugend dar, wie falsch die Einschätzungen von Politik und Lobbyisten damals waren und heute nach wie vor sind.

Aber auch die Redebeiträge von Prof. Dr. Michael Schneider, Hauke Ritz, Prof. Dr. Anton Latzow und dem zugereisten Prof. Zbigniew Viktor aus Wrocław wirkten bei den Teilnehmern der Konferenz lange nach.

Alle hier gehaltenen Grußworte und Redebeiträge bekräftigten nachdrücklich die friedenspolitischen Bekenntnisse der Vertreter der Konferenz.

Ein wichtiges Zeichen setzte Aleksander Mudragai, Vorsitzender des Moskauer Friedensfonds, zugeschaltet in einer Konferenzschaltung aus Moskau, in der er aufs Neue einen Vorschlag zur Erlangung eines Waffenstillstandes auf der Basis des Völkerrechts der UNO-Charta unterbreitete.

Grundlage des Vorschlags für daraus resultierende Friedensverhandlungen sei entsprechend UNO-Charta § 41, Absatz 1 sowie dem Kapitel VII der UNO-Charta unter anderem die Errichtung von entmilitarisierten Zonen. Für deren Bestand, nach ersten vorsichtigen Vorverhandlungen, Blauhelm-Trup-

pen aus Vietnam und Indien diesen Waffenstillstand überwachen und garantieren sollen.

Entscheidend dabei sei, dass es JETZT zu einem Verhandlungsfrieden komme, bei dem keine der Parteien aus einer Position der Schwäche oder der Überlegenheit heraus agieren oder reagieren könne.

Dieser Vorschlag fand seinen Anfang bereits im Zusammenhang mit Treffen und Gesprächen anlässlich der Welttagung des Weltfriedensrates im November 2022 in Hanoi, in Vietnam.

Bezeichnend war, dass er für diese Friedensmission, die gerade aus historischer Sicht von Deutschland aus verkündet werden sollte, kein Einreise-Visum erhielt, obwohl dem deutschen Außenministerium vorab angedeutet wurde, dass Aleksander Mudragai in parlamentarischer Mission zur Konferenz des Deutschen Friedensrat e. V. unterwegs sein würde.

In einem zum Abschluss der Konferenz angenommenen Aufruf „Den Frieden in die eigenen Hände nehmen – für Frieden und Völkerverständigung“ formulierten die Teilnehmer ihren friedenspolitischen Anspruch an die Zivilgesellschaft und ihre jeweiligen Regierungen.

Auf einem abschließenden öffentlichen Friedens-Meeting an der Weltfriedenglocke Berlin im Volkspark Friedrichshain wurde dieser Aufruf am 29. September 2023 verlesen und mit Beifall aufgenommen. Viele Teilnehmer bekräftigten bereits dort mit ihrer Unterschrift ihre Zustimmung und die Bereitschaft, für den Frieden aktiv zu werden. Ebenfalls verlesen und mit zustimmendem Beifall bedacht wurde an der Weltfriedenglocke der Aufruf von Leningrader Veteranen, die an die Bundesregierung schrieben.

Wie unsere friedenspolitische Veranstaltung gestört werden kann, mussten wir mit dem zwei Tage vor dem Friedensmeeting begonnenen E-Mail- und Handy-Terror durch den Verein von Tierschützern und schließlich einer unwahrscheinlich schnellen E-Mail aus der Senatsverwaltung mit dem Ziel, die Friedensbewegung ihrer Symbolik zu berauben, erleben

Aufstand für den Frieden



Am 3. Oktober fand traditionell die „Alternative Einheitsfeier des OKV“ in Berlin statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“.

Dabei haben Dr. Matthias Werner, Dr. Arnold Schölzel und Dr. Lothar Schröter das Wort ergriffen.

Tino Eisbrenner, Alejandro Soto La-coste & Ernesto Villalobos Salamanca trugen musikalisch zum Gelingen der Protestveranstaltung bei.

und aushalten. Das Aufsteigen von weißen Tauben als Symbol für den Frieden wurde uns mit Hinweis auf eine mögliche Ordnungswidrigkeit in Höhe von 25.000 Euro untersagt und im Falle des Nachweises der Verletzung und des Ablebens einer der Tauben eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren angedroht.

All das hat uns aber nicht davon abbringen können, ein erfolgreiches Friedensmeeting abzuhalten. Der „liebe Gott“ selbst hat es schließlich gerichtet. Denn wegen der konkreten Witterungsbedingungen wurde der Taubenflug durch die Züchterin selbst abgesagt.

Spontan regten Teilnehmende des Friedensmeetings an, stattdessen gemeinsam das Lied von der „Kleinen weißen Friedenstaube“ zu singen. Begleitet vom Musiker Pablo Miro brachten die Anwesenden mit dem Gesang des Liedes und dem Läuten der Friedenglocke die Hoffnung zum Ausdruck, dass der auf dem Meeting verlesene Aufruf „Den Frieden in die eigenen Hände nehmen – Für Frieden und Völkerverständigung“ viele Herzen erreichen möge. Der Aufruf kann unterschrieben sowohl per E-Mail bzw. postalisch an den Deutschen Friedensrat e.V. zurückgesendet werden.

Unsere internationale Konferenz war mit den Redebeiträgen, der Breite und Anzahl der Teilnehmer und ihrem öffentlichen Signal auf dem Friedensmeeting ein wichtiger Schritt, um Menschen zu ermutigen, sich aktiver für den Frieden zu engagieren.

E-Mail: friedensrat@mail.de

Internet: www.deutscher-friedensrat.de

Spendenkonto:

IBAN DE75 1007 0848 0629 077900

*



Spende für den Deutschen Friedensrat e. V.

Zehn von zwölf Mitgliedern der **TIG Kühlungsborn** konnten an unserer letzten Zusammenkunft im Monat September teilnehmen. Bei herrlichem Spätsommerwetter fanden wir uns auf dem Grundstück eines unserer Mitglieder zusammen. Er und seine Frau hatten das Treffen mit viel Liebe und Umsicht vorbereitet. Alle fanden einen gemütlichen Platz an einem großen Tisch im Grünen, auf dem es an nichts fehlte.

Traditionell nahm auch wieder der ISOR-Landesbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Jonischkies an unserem Treffen teil. Viele Mitglieder konnten mit lustigen, aber auch nachdenklichen Episoden aus ihrer Dienstzeit aufwarten.

Wie es unter Gleichgesinnten und politisch geschulten und denkenden Menschen nicht anders sein kann, tauschten wir uns auch zu aktuell-politischen Ereignissen aus. Dabei kam zur Sprache, dass unser Land von der bisher schlechtesten Regierung geführt wird, die gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes regiert und dem Land erheblichen Schaden zufügt. Sie muss unbedingt bei Neuwahlen abgelöst werden!

Auch die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine wurde breit diskutiert. Es wurde die Auffassung geäußert, dass nur durch eine Vereinbarung zwischen Russland und den USA dieser Konflikt beendet werden kann. Voraussetzung sei ein Regierungswechsel in den USA. Es gab Übereinstimmung darüber, dass die Ukraine ein beispiellos korruptes Land, mit nicht zu übersehenden faschistischen Tendenzen ist. Das Ziel der USA und ihrer Vasallen, einen unendlich langen Krieg mit Russland auf dem Territorium der Ukraine zu führen, um ihre angemaßte Führungsrolle in der Welt erhalten zu können, wurde verurteilt. Zugleich wurde aber auch konstatiert, dass durch eine von den BRICS-Staaten ausgehende erfreuliche internationale Tendenz die Macht der USA langsam zu schwinden beginnt.

Auch der Artikel in **ISOR aktuell** 9/23 „Nehmt den Frieden in die eigenen Hände“ fand bei unseren Mitgliedern großen Widerhall. Für die Unterstützung der Arbeit des Deutschen Friedensrates e. V. spendeten die Mitglieder unserer TIG und unser Gast 140 Euro, die auf das Konto des Friedensrates überwiesen werden.

Zum Abschluss unserer Zusammenkunft warf der Gastgeber seinen Grill an und wir konnten uns mit Steak und Bratwurst stärken.

Aus unseren TIG

Auch Getränke aller Art fanden regen Zuspruch. Alle freuen sich schon jetzt auf das nächste Treffen.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

*

Am 5.September war es für die **TIG Rügen** wieder so weit. Die Einladung zu unserem diesjährigen Sommerfest wurde von vielen unserer Mitglieder angenommen und es kamen mehr, als zu erwarten waren. Das hohe Alter und gesundheitliche Gründe zahlreicher Mitglieder verhindert auch bei uns, dass die Runde bei unseren Zusammenkünften größer sein kann; wie überall. Auch unser Landesvorsitzender Manfred Jonischkies folgte unserer Einladung. Er konnte, wie immer, wenn er bei uns ist, wertvolle Redebeiträge beisteuern. Er erläuterte uns die Bedeutung der Leipziger Gründungsveranstaltung „Runder Tisch für Rentengerechtigkeit e.V.“, an dem Achim Bonatz und Gerald Böhm teilnahmen und so für ISOR Gründungsmitglieder wurden. Bedeutsam ist, dass an diesem Runden Tisch nun auch Betroffene der §§ 6 und 7 AAÜG vertreten sind und dass der Verein als juristische Person Verhandlungspartner der Regierung ist. Wir dürfen also erwarten, dass sich hieraus neue politische Aktivitäten ergeben, die unserem Kampf um Rentengerechtigkeit Rechnung tragen. In lebhaften Diskussionen untereinander, die mit einem Imbiss und Getränken umrahmt waren, spielte die Sorge um den Krieg in der Ukraine eine große Rolle. Anstatt immer wieder neue, größere und verheerendere Waffen in die Ukraine zu entsenden, müssen diplomatische Wege gefunden werden. Die NATO ist in der Pflicht. Als die Veranstaltung beendet wurde, hatte man das Gefühl, es hätte auch noch weiter gehen können. Wir freuen uns auf das nächste Mal.

Manfred Pietschmann

*

Auf gutem Kurs der Umsetzung der Führungskonzeption der ISOR e.V. in der TIG Leipzig

Nach einem Jahr seit unserer Wahlversammlung (wir berichteten dazu in der „ISOR aktuell“ vom November 2022) zog der Vorstand unserer TIG eine erste Bilanz der Umsetzung der Führungskonzeption. Mit großer Freude und hohen Erwartungen begrüßten wir Rainer Rupp und seinen langjährigen Freund und Kampfgefährten Karl Rehbaum und erwarteten seinen Vortrag zu aktuellen Prozessen und Entwicklungen

der internationalen Lage. Weitere Gäste unserer Mitgliederversammlung waren Vertreter der Partei „Die Linke“, die Vorsitzenden der Regionalgruppen RotFuchs und GRH sowie die Vorsitzenden der TIG des ehemaligen Bezirkes Leipzig.

Im Bericht des Vorstandes an die Mitglieder konnte auf eine eindrucksvolle Bilanz von Aktivitäten und Maßnahmen des letzten Jahres verwiesen werden, die darauf ausgerichtet waren, in Übereinstimmung mit der Führungskonzeption der ISOR e.V. den Kampf für Rentengerechtigkeit zu unterstützen, die politische Information unserer Mitglieder und das Zusammenwirken mit den Partnern im Territorium Leipzigs, insbesondere mit der Partei „Die Linke“, dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR und dem RotFuchs weiter zu entwickeln und unser Wirken in der Öffentlichkeit sichtbarer zu gestalten. Hervorzuheben sind unsere Stellungnahme zu den Erklärungen der NVA-Generale a.D. Manfred Grätz und Sebald Daum, die auch in die Publikation der OKV-Veranstaltung „Dialog statt Waffen“ aufgenommen wurde, sowie Veranstaltungen mit unseren Mitgliedern, u.a. zur Sozialpolitik der Partei „Die Linke“ in der Stadt Leipzig und ihre Umsetzung zur Hilfe und Unterstützung bei sozialen Fragen unserer Mitglieder und die Buchlesung von Hans Becker, die uns einen unverfälschten Blick auf die tatsächlichen Leistungen des MfS bei der Gewährleistung der Sicherheit der DDR vermittelten.

Weiter konnte der Vorstand zu ersten Erfolgen bei der Suche von neuen Funktionären für die TIG, zu einer Reihe von Maßnahmen zur politischen Information der Mitglieder, insbesondere durch die Arbeit mit der Zeitung **ISOR aktuell** und unseren TIG- Informationen sowie zu öffentlichen Auftritten am Elbtag in Torgau, des Gedenkens an die sowjetischen Helden am 8. Mai und am Ehrenmal in Syhra berichten.

Höhepunkt der Versammlung war das Referat von Rainer Rupp, das mit großem Interesse und viel Spannung erwartet wurde. Rainer stellte in seinem Referat die aktuelle politische und militärische Lage in der Ukraine, die Gefahren eines atomaren Weltkrieges, ihre Ursachen und ihren potenziellen Verursacher, die Entwicklung des Bestrebens der USA, das immer enger werdende Bündnis zwischen Russland und China zu verhindern, sowie die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Ihm ist es gelungen, durch eine differenzierte Analyse der politischen Lage in der Ukraine unter Einbeziehung historischer Fakten zur Kriegstreiberei der USA aufzuzeigen, von wem wirklich die Gefahr eines Atomkriegs ausgeht und dass diese Gefahr durch militärische Provokationen der USA mit schwindender

Aussicht auf einen ukrainischen (NATO) militärischen Erfolg weiter ansteigen kann. Er begründete auch aus dem Wissen und der Kenntnis seiner Tätigkeit als Kundschafter des Friedens im NATO-Hauptquartier in Brüssel, dass seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges die USA Pläne entwickelten, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen, um diese zu vernichten. Nachdem die Sowjetunion den atomaren Vorteil der USA ausgleichen konnte, erkannten die USA, dass ein atomarer Schlagabtausch mit hohen Schäden und Verlusten für die USA einhergehen würde.

Daraus entwickelte sich in Washington die Einsicht, dass derjenige, der zuerst schießt als zweiter stirbt. Beide Seiten akzeptierten das nukleare Patt. Darauf bauten sie in der Folge die MAD-Doktrin auf, nämlich die sichere gegenseitige Vernichtung im Ernstfall und anschließend die sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollabkommen START 1 und ABM (Anti-Ballistischer Raketenvertrag). Doch von den anti-sowjetischen Kriegstreibern unter den US-Strategen wurden diese Abkommen als Zwangsjacke empfunden, denn sie behinderten ihre aggressiven Strategien gegen die SU. Als Ausweg entwickelten sie die „Strategie der Flexiblen Antwort“, die Ende der 1960er Jahre zur NATO-Strategie wurde. Diese enthielt im Rahmen eines konventionellen Konfliktes mit dem Warschauer Vertrag den Ersteinsatz von kleinen, so genannten taktischen Atomwaffen. Dieser Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO wurde im zwei-Jahres-Rhythmus vor allem im Rahmen des Stabsmanövers WINTEX geübt. Ein anderes NATO-Manöver, „Able Archer 1983“, bei dem der Einsatz der gerade in Deutschland aufgestellten US-Pershing II atomaren Mittelstrecken-Rakete geübt wurde, führte im Herbst 1983 zu der auch von etlichen West-Experten geschätzten „gefährlichsten Atomkriegskrise“ des Kalten Krieges. Damals konnte Rainer, der im Innersten des NATO-Hauptquartiers arbeitete, maßgeblich zur Entspannung der Lage beitragen.

In seinem Vortrag ging der ehemalige Kundschafter des Friedens auf die Frage ein, ob der Krieg in der Ukraine für Europa erneut die Gefahr enthält, auf der schiefen Ebene in eine nukleare Konfrontation mit taktischen Waffen abzugleiten. Rupp verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es auch heute in der Biden-Regierung eine starke Fraktion gibt, die im aktuellen Ukraine-Konflikt vor keiner Eskalation gegen Russland zurückshocken, um vor der eigenen und der Weltöffentlichkeit nicht als Verlierer dazustehen und davongejagt zu werden. Um dies zu verhindern, sind sie bereit, nicht nur bis zum letzten Ukrainer Waffen zu liefern, sondern auch einen – wohlbekannt auf Europa begrenzten - Atomkrieg mit nicht strategischen Waffen zu riskieren.

Im Krieg in der Ukraine neigt sich – so Rainer – die Waage des realen Kräfteverhältnisses eindeutig in Richtung Russland. Die USA/NATO mit ihren „Wunderwaffen“ haben sich als Leichtgewichte herausgestellt. Ein konventioneller Krieg gegen Russland in der Ukraine wäre ohne jahrelange Vorbereitung und Umstellung der eigenen Länder auf Kriegswirtschaft für die USA/NATO nicht zu gewinnen. Das haben auch zahlreiche US-Kriegssimulationen, z.B. von RAND, gezeigt. Dennoch besteht die Gefahr, dass es zu einer direkten Konfrontation zwischen den USA und Russland in der Ukraine kommen kann. Seit einem Jahr warten fünftausend Soldaten der berühmten 101. US-Luftlandedivision „Schreiende Adler“ in Polen und Rumänien auf den Einsatzbefehl, in der Westukraine als „Stolperstein“ eingesetzt zu werden, um die Russen von einem möglichen Vormarsch abzuhalten.

Die leichtbewaffneten US-Fallschirmjäger hätten jedoch gegen die haushohe Überlegenheit der Russen an Soldaten, schweren Waffen und Artillerie und angesichts der totalen russischen Lufthoheit keine Chance. Auch hat die russische Militärführung wiederholt bekräftigt, dass jeder ausländische Soldat, der sich ihnen in der Ukraine mit Waffen in der Hand entgegenstellt, vernichtet wird. Die amerikanischen Soldaten würden dezimiert. Und dann würde der Ruf nach Vergeltung in den USA zu einem Orkan anschwellen.

Aber die US-Regierung hat nichts mehr, womit sie die Russen bestrafen könnte. Die Sanktionsmöglichkeiten sind ausgeschöpft, die US/NATO-Waffen- und Munitionslager sind ebenfalls erschöpft. „Aber die Russen müssen doch bestraft werden, und zwar schwer und nachhaltig“, wäre die zur Hysterie gesteigerte Forderung von Politikern und Medien. Die einzige Waffe, die im US-Arsenal noch für einen solchen Zweck geeignet ist, wäre der Einsatz taktischer Atomwaffen gegen russische Formationen auf dem Territorium der Ukraine. Denn ein Einsatz auf russisches Gebiet würde einen russischen Gegenschlag auf US-Territorium nach sich ziehen. Das Ergebnis würde ein Krieg in Europa mit taktischen Nuklearwaffen sein, auch auf US-Ziele in Deutschland.

Im Hinblick auf die Interessen der USA, das Verhältnis zwischen Russland und China zu hintertreiben, zeigte Rainer auf, dass die USA im Zusammenschluss der militärischen Stärke Russlands und der Wirtschaftskraft Chinas eine reale Gefahr für die Aufrechterhaltung und den Ausbau ihrer uni-polaren Weltordnung sehen. Die aktuellen Entwicklungen der Zusammenarbeit zwischen Russland und China zeigen, dass alle Bemühungen der USA, einen Keil in das russisch-chinesische Verhältnis zu treiben, ins Leere laufen. Auch diesbezügliche Pläne, mit dem Ukraine-Krieg Russland zu ruinieren, mit Sanktionen einen Regimewechsel im Kreml

durchzuziehen und Moskau auf die Seite des Westens zu ziehen, haben sich als realitätsferne Wunschträume des kollektiven Westens erwiesen.

Auch Rainers Ausführungen zum Nahen Osten ließen erkennen, dass hier eine ernste Situation für den Weltfrieden entstanden ist. Die Entwicklungen in der arabischen Welt weisen darauf hin, dass Israel diesen Konflikt nicht gewinnen kann. Militärisch hätte Israel zwar das Potential, die 2,1 Millionen-Großstadt Gaza, das am dichtesten besiedelte Gebiet der Erde, dem Erdboden gleichzumachen und zig-Tausende von Zivilisten zu ermorden, aber politisch wäre das die größte Niederlage seit der Gründung Israels. Die rechtsradikale, ultra-rassistische israelische Regierung, die sogar von der Hälfte der eigenen Bevölkerung vehement abgelehnt wird, hat bereits durch ihr Handeln die Unterstützung des Großteils der liberal orientierten US-amerikanischen Juden verloren, die immer das Rückgrat des US-Beistands für Israel darstellte.

Zugleich ist es auch nicht die Hamas, die die islamische Welt gegen Israel in Stellung gebracht hat. Die Hamas-Attacken gegen israelische Zivilisten, Frauen und Kinder und die Geiselnahmen werden sowohl von den meisten islamischen Ländern ebenso scharf verurteilt wie von Russland und China. Es ist vielmehr das extrem-rabiate Vorgehen der rassistisch-religiös fanatisierten Regierung in Israel, die die gesamte islamische Welt, egal ob Schiiten oder Sunniten, zum ersten Mal seit Menschen gedenken in einer, ihnen allen wichtigen Sache vereint hat. Die nach der Al-Aksa-Moschee benannte Hamas Offensive gab dazu nur den Auftakt.

Der Zorn der gesamten islamischen Welt richtet sich gegen die konkreten Schritte der religiösen Fanatiker in der Netanjahu-Regierung, das drittgrößte Heiligtum des Islam, die Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg abzureißen und an derselben Stelle den jüdischen Tempel, der einst von den Römern zerstört wurde, wieder aufzubauen. Durch die militärische Einmischung der Amerikaner könnte dieser Konflikt schnell alle Grenzen im größeren mittleren Osten überschreiten. Es sind daher alle Anstrengungen zu unternehmen, diesen Konflikt zu beenden.

Rainers Ausführungen haben vor allem auch gezeigt, dass die friedliche Welt, die Friedensbewegungen und -organisationen nicht chancenlos sind und es trotz dieser Kriegstreiberpolitik der USA, der Nato und anderer Staaten des sogenannten Wertewestens Voraussetzungen gibt, ausgehend von der Geschichte der militärischen Drohungen in den 80-er Jahren bis heute, den Frieden wieder herzustellen und zu sichern.

So trug der Vortrag von Rainer Rupp dazu

bei, das Wissen unserer Mitglieder zu vertiefen, historische und politische Zusammenhänge der Ereignisse zu erkennen, das Interesse zu wecken, diese weiter zu verfolgen und eigene Schlussfolgerungen für das Handeln zur Unterstützung der Friedenskräfte abzuleiten.

Ausdruck dafür war, dass wir unsere Mitgliederversammlung dazu nutzten, unsere Spendenaktion für den Verein „Friedensglockengesellschaft Berlin“ fortzusetzen und unsere Mitglieder den Aufruf des Deutschen Friedensrates vom 28. September 2023, „Den Frieden in die eigenen Hände nehmen. – Lasst uns zusammen stehen für Frieden und Völkerverständigung!“ unterzeichneten. Die Unterschriften werden dem Friedensrat übergeben.

Das Referat von Rainer Rupp erfüllte durch seine klare Ansprache der Fakten, ihre tiefgründige Analyse sowie das Aufzeigen von Lösungswegen der Friedenssicherung umfänglich unsere Erwartungen. Die Anwesenden sprachen Rainer für sein Kommen und für seine Ausführungen ihren Dank aus.

Mit dieser optimistischen Stimmung, auch weiterhin für Frieden, Solidarität und Rentengerechtigkeit einzutreten, fand unsere Mitgliederversammlung einen kämpferischen Abschluss.

Im Namen des Vorstandes unserer TIG und der Anwesenden danken wir dem Vorstand der ISOR e.V. für die Unterstützung bei der Organisierung dieser Mitgliederversammlung.

**Gerald Böhm, Vorsitzender der
TIG Leipzig**

*

Am 13.10. fand in Potsdam die diesjährige Mitgliederversammlung der TIG aus Potsdam und Umgebung statt. Sie stand im Zeichen des Rings um Frieden und unseren Kampf gegen das Rentenunrecht.

Die Räumlichkeiten waren professionell und repräsentativ vorbereitet worden, Tagesordnung und eine kleine Aufmerksamkeit für jeden anlässlich des 30. Jahrestages von ISOR stimmten die vielen Besucher auf die Veranstaltung ein.

Es war die erste Veranstaltung in größerem Rahmen nach dem 30. Jahrestag von ISOR, bedingt durch die damaligen Corona-Beschränkungen.

Es war gelungen, Tino Eisbrenner, den Liedermacher, Sänger und Buchautor für diese Veranstaltung zu gewinnen. Nach einem 45-minütigen Programm und einer Pause am Büfett sprach Dr. Dittmar Zengerling von der Friedenskoordination Potsdam über die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen und die Probleme beim Zusammenwirken.

Danach gab unser stellvertretender Vorsitzender Joachim Bonatz Einblicke über die Friedensaktivitäten in Zusammenarbeit

mit dem OKV, der Rentenproblematik und die Aktivitäten, die zur weiteren Stabilisierung der Arbeit der TIG und Vorstände unternommen wurden und werden.

Als die Entscheidung getroffen werden sollte, Raum für Diskussion zu bieten oder Weiteres aus dem umfangreichen Repertoire von Tino Eisbrenner zu hören, entschied der Ver- sammlungsleiter zugunsten des begeisternden politisch-musikalischen Teiles. Mit Liedern und Geschichten aus dem Leben von Tino wurden die Anwesenden in den Bann des Künstlers gezogen. Der Applaus zeigte, es war die richtige Entscheidung.

Zum Schluss gab es zwei Anmerkungen. Es wurde gebeten eine kleine Spende als Anteil für den Ersatz eines zerschossenen Transportes zu leisten. Es kamen 330 Euro von den rund 120 Teilnehmern zustande, die zwischenzeitlich überwiesen wurden. Zudem wurde gebeten die Diskussionsbeiträge schriftlich einzureichen.

Eine interessante und inhaltsreiche Veranstaltung bot Informationen, Gesprächsstoff, Anregungen und resultierend aus der Resonanz, solche Veranstaltungen mindestens jährlich durchzuführen.

Allen denen, die zum Gelingen beigetragen haben, herzlichen Dank.

Ulrich Thorwirth

*

Ausgehend von der Altersstruktur unserer Mitglieder, haben wir in unserer **TIG-Treptow**, eine Beratung zu Fragen der Betreuung mit anschließender Fragerunde durchgeführt.

Zu diesem umfassenden, mit manchen rechtlichen Fallstricken versehenen Komplex, ist eine Konsultation unbedingt notwendig. Ein Blick ins WWW ist darüber hinaus auch hilfreich. Zusätzlich konnten sich die Mitglieder mit der Info-Mappe ein umfangreiches Material nach Hause mitnehmen.

Die AG „Betreuung“ ist, wie unser Freund Herbert Kranz ausführte, immer zu erreichen und auskunftsbereit.

Frank Endesfelder

Der Krieg ist ein Patent der bürgerlichen Gesellschaft und wird als solches gesetzlich geschützt.

J. R. Becher: „Dichter, lüge!“

Aus der Postmappe

Liebe Genossinnen und Genossen,
zuerst herzliche Grüße, verbunden mit der Hoffnung, Euch geht es in diesen politisch turbulenten Zeiten gut.

Heute senden wir Euch einen Beitrag zur gegenwärtigen antifaschistischen Debatte und dem erstarkenden Rechtsradikalismus. Der Beitrag wird bei uns in Chemnitz der Auftakt für eine lose Serie über die in Chemnitz „vergessenen“ Antifaschisten sein.

Die Serie wird mit Fritz Schmenkel und Kurt Wieland beginnen.

*

UNVERGESSEN

In der Bundesrepublik nehmen die rechtsradikalen und nazistischen Vorfälle und Straftaten immer mehr Fahrt auf. In einem Land, das die Last eines durch Hitlerdeutschland entfesselten Weltkrieges mit über 60 Millionen Toten tragen muss.

Über und über Opfer, Männer, Frauen und Kinder, in Vernichtungslagern der Nazis, mit mehr als 6 Millionen Ermordeten und aber Hunderttausenden Zwangsarbeitern, verhungert, erschlagen.

Mit dem unvergesslichen Tag der Befreiung vom Grauen des Krieges und der Vernichtung am 8. Mai 1945 folgte die Mehrheit der Menschen in Deutschland dem Schwur der Buchenwaldhäftlinge „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Nach den Kriegsverbrecherprozessen oder schon mit ihnen begann eine zweigeteilte Entwicklung in Deutschland.

Im Osten wurde einer antifaschistischen Ordnung nicht nur Leben eingehaucht, sondern die Entnazifizierung in der Gesellschaft, u. a. durch Antifaschisten und Kämpfer gegen den Faschismus in Verwaltung, Justiz und Polizei sowie Neulehrer vorangetrieben. In den drei Westzonen und später in der BRD wurden mehrheitlich die alten Beamten im staatlichen Machtapparat übernommen. Exemplarisch die Weiterbeschäftigung von Globke als Staatssekretär, Filbinger als Ministerpräsident, Gehlen als Chef des neuen Geheimdienstes, Heusinger als Generalinspekteur der Bundeswehr, Buback als Generalbundesanwalt, Schleyer als Arbeitgeberpräsident. Kasernen der Bundeswehr und Straßen sowie Plätze tragen oder trugen Namen von nazistischen Parteidächern oder Offizieren/Generälen, z.B. von Manteuffel, Moeller, Freiherr v. Fritsch, Rommel, Lent, Marseille, Lilienthal.

In der Folge der Wiedervereinigung kamen sogenannte Aufbauhelfer und „Neubürger“ in den Osten, wie z.B. der Gymnasiallehrer Höcke („Er ist ein Nazi“), der Richter Meyer, der Oberst der Bundeswehr Paderski, der Bundeswehrfallschirmjäger-Oberfeldwebel Kalbitz. Sie zeichnen hauptsächlich mitverantwortlich für den Aufbau rechter sowie nazistischer Strukturen und Parteien in den neuen Bundesländern.

Der gesellschaftliche Umbruch wurde im Osten begleitet von einem Sturm zur Tilgung

des Vermächtnisses von Antifaschisten und deren öffentlich-mediale Diskreditierung. Erinnerungsorte, Straßen und Denkmäler für Menschen, die für ihre Überzeugung und ihren Kampf gegen den Faschismus Folter, Haft oder auch den Tod erfuhren, wurden gestohlen, entfernt bzw. geschleift. Ein Angriff auf ein Wertesystem vieler Menschen, das zugleich auch Bestandteil deren Lebensleistungen mit antifaschistischen Traditionen ist. Dem ist immer wieder zu begegnen.

Man hebt die aktuellen Fakten zum Erstarken rechter und nazistischer Umrübe und Entwicklungen aufs Tapet und verbannt die geschichtlichen Fakten über deren Ursachen im Keller des Vergessens.

Unvergessen, auch wenn allein in Chemnitz nach 1990 eine durch nichts zu rechtfertigende Straßennamenstürmerei stattfand, Gedenk-

tafeln zerstört oder entfernt und vor allem Schulen ihres antifaschistischen Erbes beraubt wurden. Allein für Chemnitz stehen über 30 getilgte Straßennamen und über 15 getilgte oder mit dem Abriss der Schulen verschwundene Schulnamen.

Ihr Kampf war nicht umsonst und die Erinnerung wird unauslöschlich bleiben.

**Mit solidarischen Grüßen
Peter Blechschmidt und Raimon Brete**

*

Guten Tag an den Vorstand und die Redaktion.

Gerne möchte ich mich wieder einmal mit einer Lesermeinung an Euch wenden und zum Artikel, „Nepper, Schlepper Rentenfänger“ zum Ausdruck bringen: Über Jahre wird schon un-

ermüdlich dafür gekämpft, endlich eine Rentengerechtigkeit für die betreffenden Mitstreiter der ISOR zu erreichen. In Form von Eingaben bis hin zu Petitionen, leider nur Teilerfolge, wie ich gelesen habe. Desto mehr begrüße ich den genannten Artikel der Rentenversicherung, die auf Tricks von Ganoven hinweist, wachsam zu sein und nicht darauf reinzufallen. Es ist ohnehin schwer, mit der kläglichen Rente auszukommen und den täglichen Kampf um Rentengerechtigkeit weiter durchzustehen. Dazu Optimismus und nicht aufgeben. Mit freundlichen Grüßen

**Siegfried Tietz, Altenberg,
Ehemaliger Mitarbeiter der
DDR-Zollverwaltung**

*

Eine seit Jahrzehnten schwelende Wunde im arabischen Raum hat sich aufgetan und gefährdet – wie der Krieg in der Ukraine – die fragile Sicherheit in der Welt.

Indem **Isor aktuell** mit freundlicher Genehmigung der sozialistischen Tageszeitung „jungeWelt“ das Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Norman Paech vom 17. Oktober 2023 veröffentlicht, schließt sie sich der Argumentation nach sachlicher Beurteilung des bewaffneten Konfliktes zwischen Israel und Palästina an und stellt ihre Seiten nicht für Polemiken zur Verfügung.

»Eine totale Verhöhnung des Völkerrechts«

Über das Recht auf Selbstverteidigung, Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg und die Rolle der BRD.

Ein Gespräch mit Norman Paech

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei einer Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag erklärt, Israel habe im Gazastreifen ein »völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung«. Wo ist das festgelegt?

In Artikel 51 der UN-Charta ist deutlich verankert, dass derjenige, der militärisch angegriffen wird, ein solches Verteidigungsrecht hat. Das stimmt auch in diesem Fall: Israel kann sich gegen den Angriff der Hamas verteidigen, was allerdings mit der Einschränkung versehen ist, dass solch eine Verteidigung immer verhältnismäßig sein muss. Wenn die israelische Armee im Gazastreifen, der ohnehin seit Jahrzehnten abgeriegelt ist, ein wahres Blutbad anrichtet, ist das auf keinen Fall durch das Verteidigungsrecht nach Artikel 51 gedeckt.

Gilt Artikel 51 auch für eine Besatzungsmacht im von ihr besetzten Gebiet?

Ja. Aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Mittel und Zweck ist zentral. Eine Verteidigung hat sich stets innerhalb der Grenzen des humanitären Völkerrechts, die insbesondere in den »Haager« und »Genfer« Konventionen verankert sind, zu halten. Der Angriff ist erfolgreich zurückgeschlagen worden. Wenn die Armee aktuell darüber hinausgeht und erklärt: »Wir vernichten die Hamas«, und der Zivilbevölkerung Energie und Nahrung abschnürt, dann ist das bereits eine Überschreitung des Gebots der Verhältnismäßigkeit und daher völkerrechtswidrig.

Norman Paech ist Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Hamburg

Die Hamas und andere palästinensische Fraktionen berufen sich auf das »Recht zum bewaffneten Widerstand gegen die Besetzung«. Was hat es damit auf sich?

Völkerrechtlich gesehen ist auch das eine richtige Forderung, denn die israelische Besatzung ist völkerrechtswidrig und also wie ein Angriff. Nun wird be-

hauptet, der Gazastreifen sei, nachdem die Siedler und die Armee sich 2006 aus dem Gebiet zurückgezogen haben, nicht mehr besetzt. Das stimmt nicht. Die Blockade wird international – auch durch das Auswärtige Amt – als rechtswidrige Besetzung gewertet. Gegen eine solche darf man sich verteidigen. Allerdings auch hier mit der Einschränkung, die Vorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Zivilisten sind absolut tabu, das hat die Hamas verletzt.

Der Gazastreifen ist seit 2007 abgeriegelt, im aktuellen Krieg wurde eine vollständige Belagerung der Bevölkerung verhängt. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Das ist ein Kriegsverbrechen. Die Abschnürung von Energie, Nahrungsmittern etc. ist ebenfalls rechtswidrig. Die Blockade war es bisher schon. Diese zusätzlichen Maßnahmen, die eine heftige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung in Gaza bedeuten, die bis hin zum Verhungern, Verdurstern und Krankheit führen, sind Kriegsverbrechen und völkerrechtlich absolut verboten.

Die israelische Regierung hat am Freitag 1,1 Million Einwohner von Gaza-Stadt dazu aufgefordert, ihre Häuser in Richtung Süden zu verlassen. Wie ist das juristisch zu beurteilen?

Es ist eine totale Verhöhnung des Völkerrechts, wenn man sich dabei auf das Verteidigungsrecht der UN-Charta beruft. Die Allgemeinheit kennt die Situation vor Ort. Es gibt genügend Fotos, die zeigen, dass es faktisch gar keine Rückzugsmöglichkeiten für die Menschen im Norden gibt. Es handelt sich offensichtlich um die Vorbereitung, damit Gaza in Schutt und Asche gelegt werden kann. Das ist ein schweres Kriegsverbrechen, das sieht auch die UNO so.

Macht sich Deutschland an diesen Kriegsverbrechen mitschuldig?

Moralisch auf jeden Fall. Inwieweit das juristisch relevant wird, ist noch nicht klar. Wir hätten aber meines Erachtens nicht nur darauf bestehen

müssen, dass die Versorgung der Bevölkerung bei der bevorstehenden Bodeninvasion gesichert ist, sondern alle politischen Hebel in Gang setzen müssen, um Netanjahu und sein furchtbares Kabinett davon abzubringen.

Wo soll das hinführen? Selbst wenn man die Hamas »vernichtet« und den Gazastreifen dem Erdboden gleichmacht, den Widerstand des palästinensischen Volkes wird man nicht brechen können. Mit solch einer Aktion wird nie Frieden in dieser Region eintreten. Das ist nur durch Verhandlungen und den Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten insgesamt möglich.

Interview: Jamal Iqrith

*

Aufruf der Teilnehmer der Verteidigung Leningrads und der Überlebenden der Leningrader Blockade an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung der Bundesrepublik Deutschland!

Diesen Aufruf richten an Sie diejenigen, die die in ihrer Brutalität einmalige Leningrader Blockade überlebt haben: Bombenangriffe und Beschüsse, Kälte und Hungersnot, die die faschistischen Truppen und ihre Helferhelfer aus einer ganzen Reihe europäischer Staaten über uns gebracht haben

Es ist die damalige deutsche Regierung, die es zu verschulden hat, dass in den Jahren 1941 bis 1944 unsere Stadt, in der über 100 Nationalitäten lebten, allein unter Zivilisten eine Million Tote zu beklagen hatte, und weitere mindestens 500 Tausend Menschenleben in drei Evakuierungen gefordert wurden. Die Tatsachen der unmenschlichen Verbrechen der deutsch-faschistischen Eindringlinge sind in unserer Erinnerung sehr lebendig sowie in den Nürnberger Prozessen nachgewiesen und durch zahlreiche Dokumente belegt worden. 2022 stufte das Stadtgericht St. Petersburg die Leningrader Blockade als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid an den Völkern der Sowjetuni-

Zwischen September 1941 und Januar 1944 blockierten deutsche faschistische Truppen Leningrad, das „Venedig des Nordens“, und verantworteten den Tod von mindestens einer Million Menschen.

on ein. Heute leben die Blockade-Opfer in vielen Ländern der Welt. Mittlerweile sind wir weniger als 60 Tausend, alles Menschen verschiedener Nationalitäten, die die Gräuel der belagerten Stadt überlebten und unabhängig von ihrem Wohnort in gemeinsamer und unzerstörbarer Blockade-Bruderschaft verbunden sind. Wir verurteilen entschieden die zwiespältige Position der Bundesregierung, die über lange Zeit humanitäre Leistungen an jüdische Blockade-Überlebende auszahlt, sich jedoch unter erfundenen Vorwänden kategorisch weigert, diese Leistungen auf alle heute noch lebenden Blockade-Opfer ohne Ansehen ihrer ethnischen Zugehörigkeit auszuweiten. Der grausame Kalkül der Nazis, die ganze Bevölkerung des unbeugsamen Leningrads durch Kälte und Hunger auszumerzen, sah keine Ausnahmen aufgrund von Nationalität vor. Die Einwohner unserer Stadt waren ungeachtet

ihrer Nationalität gleich vor dem qualvollen Tod, den ihnen die Hitler-Ungeheuer bereiteten. Zahlreiche Versuche, das Gewissen der Machthaber in Deutschland zu erreichen, blieben leider erfolglos. Anstatt zu Recht allen Blockade-Überlebenden Entschädigungsleistungen zukommen zu lassen, hat sich die Bundesregierung 2019 als „humanitäre Geste“ auf die Modernisierung eines Krankenhauses für Kriegsveteranen in St. Petersburg beschränkt. Auch diese ist jedoch immer noch nicht realisiert worden. Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, die einzige richtige Entscheidung nicht hinauszögern und die humanitären Auszahlungen auf ausnahmslos alle Blockade-Überlebenden auszuweiten, die es immer weniger gibt.

Teilnehmer der Verteidigung Leningrads und Überlebende der Leningrader Blockade



Auch das noch

Eine Gruppe Parlamentarier der Partei DIE LINKE unter Sahra Wagenknecht hat die Partei verlassen und strebt die Gründung einer neuen Partei zu Anfang 2024 an. Sie veröffentlichte dazu eine Erklärung:

Liebe Mitglieder der Partei DIE LINKE,

wir haben uns entschieden, DIE LINKE zu verlassen und eine neue Partei aufzubauen. Dieser Schritt ist uns nicht leichtgefallen. Denn DIE LINKE war Jahre- oder sogar Jahrzehntelang unser politisches Zuhause. Hier haben wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter kennengelernt, von denen viele zu Weggefährten und einige zu Freunden wurden. Mit ihnen gemeinsam haben wir Abende und Wochenenden bei Parteiveranstaltungen verbracht und in Wahlkämpfen Sonderschichten eingeklebt. All dies hinter uns zu lassen, fällt uns schwer – politisch wie persönlich. Hätte es einen besseren Weg gegeben, wir wären ihn gerne gegangen. Weil wir uns mit vielen von Euch

verbunden fühlen, möchten wir unsere Entscheidung begründen.

Die Konflikte der letzten Jahre wurden um den politischen Kurs der LINKE geführt. Immer wieder haben wir argumentiert, dass falsche Schwerpunkte und die fehlende Konzentration auf soziale Gerechtigkeit und Frieden das Profil der Partei verwässern. Immer wieder haben wir angemahnt, dass die Fokussierung auf urbane, junge, aktivistische Milieus unsere traditionellen Wähler vertreibt. Immer wieder haben wir versucht, den Niedergang der Partei durch eine Änderung des politischen Kurses aufzuhalten. Damit hatten wir keinen Erfolg – und im Ergebnis hatte die Partei bei den

>>> Fortsetzung auf Seite 8

>>> Fortsetzung von Seite 6

Wählerinnen und Wählern immer weniger Erfolg. Die Geschichte der LINKEN seit der Europawahl 2019 ist die Geschichte eines politischen Scheiterns. Die jeweiligen Parteiführungen und die sie stützenden Funktionäre auf Landesebene waren entschlossen, dieses Scheitern auf keinen Fall kritisch zu diskutieren. Es wurde weder eigene Verantwortung dafür übernommen, noch wurden inhaltliche Konsequenzen daraus gezogen. Vielmehr wurden diejenigen, die dem Kurs der Parteiführung kritisch gegenüberstanden, als Schuldige für die Ergebnisse ausgemacht und immer weiter ausgegrenzt. Wir sehen vor diesem Hintergrund für unsere Positionen keinen Platz mehr in der Partei. Als Beispiel sei an den »Aufstand für den Frieden« vom Februar 2023 erinnert. Es war die größte Friedenskundgebung der letzten knapp 20 Jahre. Zehntausende versammelten sich vor dem Brandenburger Tor. Obwohl und gerade, weil etwa die Hälfte der Bevölkerung den militärischen Kurs der Regierung ablehnt, hat sich das gesamte politische Establishment des Landes gegen die Kundgebung gewehrt und sie diffamiert. Statt uns in dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, stand die Parteiführung der LINKEN Schulter an Schulter mit den anderen Parteien: Sie hat den Initiatoren der Kundgebung vorgeworfen, »rechtsoffen« zu sein und war so Stichwortgeber für Vorwürfe gegen uns.

Die politischen Räume für uns in der Partei wurden so klein, dass wir mit geradem Rücken nicht mehr reinpassen. Aus unseren Landesverbänden wissen wir: So geht es vielen Mitgliedern der LINKEN. Auch für sie wollen wir mit der neuen Partei eine neue politische Heimat schaffen.

Dies tun wir aus innerer Überzeugung, denn eine Partei ist kein Selbstzweck. Was uns antreibt: Wir wollen die politische Entwicklung nicht länger hinnehmen. Die sozial verheerende Politik der Ampel kostet große Teile der Bevölkerung Einkommen und Lebensqualität. Die deutsche Außenpolitik munitioniert Kriege, statt sich um Friedenslösungen zu bemühen. International eskalieren Konflikte, die sich abzeichnende Blockbildung ist eine Bedrohung für den Welt-

frieden und wird massive ökonomische Verwerfungen mit sich bringen. Gleichzeitig wird Widerspruch gegen diese politische Entwicklung in der öffentlichen Diskussion immer häufiger sanktioniert und an den Pranger gestellt. Aber Demokratie braucht Meinungsvielfalt und offene Debatten. Die Unfähigkeit der Regierung, mit den Krisen unserer Zeit umzugehen, und die Verengung des akzeptierten Meinungskorridors haben die AfD nach oben gespült. Viele Menschen wissen schlicht nicht mehr, wie sie anders ihren Protest artikulieren sollen. DIE LINKE tritt in dieser Situation nicht mehr als klar erkennbare Opposition auf, sondern als weichgespülte »Ja, aber ...«-Partei. Sie ist mit diesem Kurs unter die Wahrnehmungsgrenze der Bevölkerung gesunken. Aktuell spricht alles dafür, dass sie im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein wird, während die AfD in Umfragen bei über 20 Prozent steht. Wir haben die Verantwortung, den Kampf um die Ausrichtung der Politik und um die Zukunft unseres Landes wieder ernsthaft zu führen. Dafür wollen wir eine neue politische Kraft aufbauen, eine demokratische Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Vernunft und Freiheit. Wir gehen ohne Groll und ohne Nachtreten gegen unsere alte Partei. Der Konflikt ist für uns abgeschlossen. Wir wissen: Einige von Euch haben diesen Schritt herbeigesehnt, andere werden enttäuscht sein, und wieder andere werden nun abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Euch allen sagen wir: Wir möchten uns wie Erwachsene trennen. Ein Rosenkrieg würde uns allen schaden. Die Partei DIE LINKE ist nicht unser politischer Gegner. Den vielen unter Euch, mit denen wir lange Jahre vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, sagen wir auch: Wir sind bereit für Gespräche und würden uns freuen, Euch zu einem geeigneten Zeitpunkt in unserer Partei begrüßen zu können.

Sahra Wagenknecht, Amira Mohamed Ali, Christian Leye, Lukas Schön, Jonas Christopher Höpken, Fadime Asci, Ali Al-Dailami, Sevim Dagdelen, John Lucas Dittrich, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Amid Rabieh, Jessica Tatti

Zwischenruf

Ein Aspekt der wertegeleiteten und feministischen Außenpolitik des Landes ist bereits in der biblischen Apostelgeschichte enthalten (s. dort: 20,35), in der es u.a. heißt, „dass man also arbeiten müsse und die Schwachen aufnehmen und gedenken an das Wort... „Geben ist seliger denn Nehmen.““

In diesem Sinne gibt man von hier aus allerlei Kriegsgerät und mitunter auch Soldaten in allerlei Länder, damit sie sich zum Nutz und Frommen der vaterländischen Wehrindustrie die Köpfe und die dortige armelige Infrastruktur einschlagen. Entgegen des Lehrsatzes hält man sich mit dem Aufnehmen der in die Flucht geschlagenen Schwachen allerdings zurück. Vom Alten Testament nun zu den gegenwärtigen Ansichten über das seligmachende Geben. Was kann man heutzutage geben, ohne dass es Geld kostet? Wem fallen da nicht „Hinweise“ ein? So wie die Kaufhalle nicht mehr Kaufhalle heißt, heißen die Informanten natürlich nicht mehr „informelle“ (hießen sie ja auch nie) Mitarbeiter, sondern schlicht „Hinweisgeber“. Sie sollen eigentlich nicht geheim sein, sonst hießen sie ja „Geheime Hinweisgeber“, abgekürzt GHI und diese Kategorie ist ja selbst im MfS seit alttestamentarischen Zeiten überholt. Aber wir leben in der Neuzeit und trotzdem in Deutschland, weshalb alles in Gesetzesform heiß gegossen und kaltgewalzt werden muss. Was in diesem Fall dabei herauskommt, ist das „Hinweisgeberschutzgesetz“, das jeden Informanten z.B. vor den Häschern der Stadtirtschaft schützt, sollte er eine defekte Straßenbeleuchtung zur Anzeige bringen. Auch in den Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern sollten nicht nur „Nehmer“ und „Geber“ für Arbeit, sondern auch für Hinweise installiert werden. Zum Schutze für (nicht vor!) diese Kategorie wird es eine „Bundesstelle“ geben, damit die Hinweisgeber vor lauter Hinweisen nicht mehr die Schuhe schließen können, sondern eine zuverlässige Anlaufstelle erhalten. Sicherheit geht vor.

Dabei müssen es nicht nur Hinweise auf fehlende Radwege oder baufällige Schulen sein, es dürfen auch Kritiken an Partei und Regierung, „Bremser“ (wiss ihr noch?) in den Wirtschaftsunternehmen gemeldet und vor Aktionen vorgeblicher Gegner der wertegeleiteten Innenpolitik gewarnt werden. So viel Freiheit muss schon sein.

w.kr.

Hinweis

Beruhigend auf seinen Beitrag „Gedanken zur aktuellen weltpolitischen Situation“ in ISAK 10/23, S. 4, weist der Autor, General Sebald Daum, darauf hin, dass eine der korrekten Funktionsbezeichnungen „Stellvertreter des Chefs und Chef Ausbildung eines Militärbezirks der NVA“ lautet muss.

Wir bitten um Beachtung (red.)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e. V.
Vorsitzender: Horst Parton
Redakteur: Wolfgang Kroschel
E-Mail: Isor-redaktion@t-online.de

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff
c/o Geschäftsstelle der ISOR e. V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht

bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrnde Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 25.10.2023
Einstellung ins Internet: 3.11.2023
Auslieferung: 8.11.2023
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.11.2023

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr
Tel.: (030) 297843-16
Fax: (030) 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Stellv. GF Rente/Soziales: Peter Ott Di/Do 8-15 Uhr
Tel.: (030) 297843-15
E-Mail: isor-berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Di 8-15 Uhr
Tel.: (030) 297843-17
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz Mo-Do 8-15 Uhr
Tel.: (030) 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann Mi 8-15 Uhr
Tel.: (030) 297843-17
E-Mail: isor-stat@t-online.de